

LI-Paper

Die Euro-Misere – eine ordnungspolitische Krisenzwischenbilanz



MICHAEL VON PROLLIUS* • Januar 2012

Was war das meistbenutzte Wort im Zusammenhang mit der Euro-Einführung? Es war Stabilität. Ein Jahrzehnt später haben wir Staatsschuldenkrisen, Chaos an den Finanzmärkten, Rechtsbrüche und eine zunehmende Entdemokratisierung,“ schreibt Jürgen Gerdes auf Deutschland.net. Damit sind drei zentrale Entwicklungsstränge benannt, die das Wesen des politischen Umgangs mit der Finanzkrise betreffen – und weit darüber hinausreichen. Längst werden Weichen für einen grundlegenden Wandel Europas gestellt.

In Anlehnung an Friedrich August von Hayek ist es hilfreich, einmal inne zu halten, und sich von den technischen Details der Argumente im Tagesrauschen zu lösen, um zu fragen, worum es bei der Euro-Debatte eigentlich geht. Das ist die Stunde der Ordnungspolitik – verstanden als Perspektive und Praxis, die alle staatlichen Massnahmen umfasst, welche auf die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft einwirken. Ordnungspolitik verändert bekanntlich die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens wie der Politik und der Kultur und so das Leben aller Beteiligten. Das liegt daran, dass Ordnungspolitik Anreize und Spielräume für Menschen, etwas zu tun oder zu lassen, verändert.

Zu den zentralen Rahmenbedingungen einer freien Ordnung gehören die Unantastbarkeit von Leib, Leben und Privateigentum, die Freiheit des Individuums vor Bevormundung und Zwang anderer, die Herrschaft des Rechts in Form allgemeiner Regeln, eine wertbeständige Währung, Meinungs- und Vertragsfreiheit, ein funktionierendes Preissystem und offene Märkte. Eine gute Ordnungspolitik ändert die Spielregeln, manipuliert aber nicht das Ergebnis des Spiels durch Eingriffe in das Geschehen. Manche Grundlage einer freien Gesellschaft steht derzeit auf dem Spiel.

Die Euro-Krise gewinnt parallel zu den sogenannten Rettungsversuchen stetig an Schärfe. Keines der gravierenden Probleme ist bisher gelöst: überhöhte Ausgaben von Regierungen, Überschuldung von Staaten, Solvenz- und Liquiditätsprobleme der Banken, Wachstums- und Strukturdefizite usw. Das ist nicht verwunderlich. Denn zur Disposition steht nicht weniger als die Art und Weise wie wir bisher gelebt haben, genauer die europäischen Staatsführungen – nämlich

* Der Autor ist Mitbegründer von Forum Ordnungspolitik.

auf Kredit, der von künftigen Generationen bezahlt werden soll. Der in Europa allgegenwärtige Staatsbankrott signalisiert das Ende der Sackgasse, in die der demokratische Wohlfahrtsstaat führt. Keine 20 Jahre nach dem Scheitern des Sozialismus gelangen auch die Hybridsysteme an ihr unausweichliches Ende – Staatskapitalismus funktioniert allenfalls in einer Übergangszeit. Wer im Treibsand von Schulden feststeckt, für den ist mehr Sand wenig hilfreich. Tatsächlich richten sich die Stabilisierungsmassnahmen der Regierungen lediglich auf eine Umverteilung von Staatsschulden. Profiteure sind Banken und Regierungen, Verlierer die Bevölkerung, insbesondere wenn sie über etwas oder kein Vermögen verfügt. So kann Griechenland allen Behauptungen und Milliardenhilfen zum Trotz nicht der Schuldenspirale entkommen, was entsprechend leidvolle Erfahrungen für die Bürger nach sich zieht. Inzwischen sind das überfällige Italien und Frankreich in den Mittelpunkt der Krisenaufmerksamkeit gerückt. Den Kreditgebern dämmert zudem, dass Deutschland nicht alleine Europa „retten“ kann.

Stets soll die Effizienz der Märkte durch egalitäre und kollektive Staatseingriffe „sozial gerecht“ in die politisch opportune Richtung korrigiert werden. Allerdings richten sich Staatseingriffe nicht nur gegen die Ergebnisse, sondern gegen das Wesen einer freien Gesellschaft. Bereits 1950 mahnte Alexander Rüstow: „Die subventionistisch-monopolistische Durchsetzung und Zerrüttung der Marktwirtschaft nahm schliesslich einen derartigen Umfang und derartig krasse Formen an, liess die Wirtschaft im ganzen zu einem Zwittergebilde von solcher Monstrosität und Sinnwidrigkeit entarten – ein Anblick scheusslich und gemein, dass über die völlige Unhaltbarkeit dieses Zustandes überhaupt keine ernsthafte Diskussion mehr möglich war.“

Längst sind Gipfelbeschlüsse nicht mehr das Papier wert, auf dem die Tinte noch nicht trocken ist. Aus den gut 100 Milliarden Euro Hilfe für Griechenland sind mehr als 2.000 Milliarden für Hilfen, Hebel und Bürgschaften sowie Zentralbankaktivitäten geworden. Während die Verschuldungsproblematik von Staaten und Banken lediglich auf die EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität – eine Art Superbank im rechtsfreien Raum) verlagert wird – im Übrigen mit einer Hebelung, deren Anwendung durch private Geschäftsbanken im Zentrum der Finanzkrise stand – rückt neben dem Internationalen Währungsfonds die längst politisierte EZB in die Rolle des Retters. Rette sich wer kann, wenn gedruckt wird, wie man kann. Die Geldnachfrage hat längst den Bezug zur Realität verloren. Nehmen wir an, dass 2 bis 5 Prozent aller Kredite und Wertpapiere in Höhe von rund 23.000 Mrd. Euro abgeschrieben werden müssen, die die Banken im Euroraum in ihren Bilanzen ausweisen, so ergäbe sich allein für die Banken die Notwendigkeit, zwischen 450 und 1.200 Mrd. Euro zu rekapitalisieren.

Vernebelung der Ursachen

Indes beherrscht Propaganda den medialen Alltag. Das „Papageiengeschwätz“ (Anthony de Jasay) besteht aus einer Wiederholung der stets gleichen Botschaft: die starken Männer und Frauen Europas werden die Krise überwinden, welche durch Gier ausgelöst worden sein soll.

Tatsächlich wäre ein Auseinanderbrechen der Euro-Union keine Katastrophe. Würde Griechenland den Euro aufgeben, wäre das keineswegs automatisch mit einem Austritt aus der EU verbunden, wie in Talkshows suggeriert wird. Der Euro ist nicht Europa. Tatsächlich hat Europa vor dem Euro mit konkurrierenden nationalen Währungen prosperiert. Ein Auseinanderbrechen der Euro-Union mag zwar ein politisches Tabu sein, ein Offenbarungseid für das Scheitern eines überheblichen politischen Projekts. Zugleich ist damit kein dauerhaft tragfähiger Ausweg aus der Eurokrise verbunden.

Deutschland habe vor allem vom Euro profitiert, als Exportweltmeister, wird penetrant mit mahnendem Zeigefinger verkündet. Das ist natürlich blanker Unsinn. Zwar sind durch den Euro die Transferkosten gesunken und viele Bürger profitieren im Urlaub von einfacher vergleichbaren Preisen. Allerdings hat man sich dafür die grösste Krise Europas seit dem Zweiten Weltkrieg eingehandelt, wie EU-Ratspräsident van Rompuy konstatierte. Richtig muss es heissen: Deutschland profitiert wie ganz Europa vom Freihandel. Das war bereits vor dem Euro der Fall. Hingegen lassen sich durch den Euro keine positiven Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit, Löhne oder Konjunkturschwanken nachweisen, wie zahlreiche Studien belegen.

Wussten Sie, dass Deutschland seit der Wiedervereinigung bis 2008 einen Nettobeitrag in Höhe von 146,0 Mrd. Euro für die EU geleistet hat, und damit für 45,1 Prozent aller Wohlfahrtstransfers in die Volkswirtschaften der Nettoempfänger aufgekommen ist (Hans-Ulrich Willeke) – vor der Finanz- und Staatsschuldenkrise! Wer die selbst verschuldeten Probleme auf die nächst höhere Ebene verlagern will, treibt ein gefährliches Spiel und kauft lediglich Zeit mit dem Geld anderer Leute anstatt die Probleme bei der Wurzel zu packen.

Erschwerend hinzu kommt die Angstmacherei, die Erpressung der Regierungen durch Banken, die sich als systemrelevant erklären. Indes liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, der diese Erpressung sofort beenden kann – eine Insolvenz der Banken bei Fortführung des Zahlungsverkehrs durch die EZB.

Ordnungspolitische Ursachen

Die Ursachen der Euro-Misere liegen in der Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft begründet. Im Mittelpunkt stehen drei zentrale Aspekte, die miteinander verstrickt sind:

1. Die Krise des demokratischen Wohlfahrtsstaates: Systembedingt und beständig mehr ausgeben als Geld zur Verfügung steht, ist eine Politik, die sich nicht dauerhaft aufrechterhalten lässt. Die erforderlichen Kredite stammen im staatlichen Geldsystem von anderen Regierungen, insbesondere Geschäftsbanken und den Bürgern, die bereits durch ihre Geburt in eine Art Schuldknechtschaft geraten. Im engeren Sinne haben wir es mit einer Krise der Sozialpolitik zu tun, die – für die USA anschaulich herausgearbeitet – seit den späten 1970er Jahren mit Regulierungsmassnahmen zugunsten sozial Schwacher den Boden für die Immobilienblase gelegt und so die Krise forciert hat.

2. Die Krise des staatliches Geldsystem mit Zentralbanken, Teilreserve und wachstumsorientierter Geldpolitik: Systembedingt kommt es hier zwangsläufig zu Geldentwertung, Preisinflation und zyklischen Wirtschaftskrisen. Geld kann nicht mehr neutral sein, sondern manipuliert Preise. Denn eine Behörde verfügt niemals über das erforderliche Wissen, um Nachfrage und Angebot von Geld in Deckung zu bringen. Das herrschende Geldsystem ist keine Marktwirtschaft, sondern „Geldsozialismus“ (Roland Baader), eine monetäre Zentralplanwirtschaft mit staatlichem Geld, privilegierten Geschäftsbanken, politisch beeinflussbaren Zentralbanken, geleitet durch Experten oder Technokraten. Zentralbanken sind Inflationsbehörden. Ihr offiziell verkündetes Ziel ist eine Preisinflation, bei der EZB 2 Prozent pro Jahr, die die Kaufkraft unseres Geldes innerhalb von 35 Jahren halbiert.

3. Die Regulierungskrise, die nicht eine zu geringe Kapitalisierung von Banken vorschreibt, sondern auch Spekulationen anfacht und das stärkste Sanktionsmittel beseitigt, das es gibt: den marktwirtschaftlichen Bankrott. Die Regulierung führt zu einer umfassenden Manipulation der Preise und insbesondere der Zinsen über die Zentralbank. Die Folge ist ein künstlicher Boom bei Immobilien, Aktien, aber auch Rohstoffen, und im Zuge der Umweltregulierung eine Verknappung von Lebensmitteln. Allerdings wachsen die Preise von Vermögenswerten auch nicht dauerhaft in den Himmel.

Zwischenfazit: Scheingeld ist ein Krisentreiber. Die Folge staatlichen Geldes und Geldschöpfung betreibender Banken sind manipulierte Preise, manipulierte Zinsen und eine manipulierte Konjunktur. Geldpolitisches Ziel ist der ewige Boom, Resultat die zyklische Krise. Ein Rentier-Dasein ist nur durch das Schaffen von echtem Wohlstand und nicht durch Geldillusionen möglich. Wir erleben nun den Kulminationspunkt des staatlichen Geldsystems: Finanzkrise – Verschuldungskrise – Staatsschuldenkrise – Ruinierung der Währung – politische und soziale Spannungen – autoritäre „Lösungen“.

EU-Zentralismus gegen Freiheit und Vielfalt

Indes steht mit der Währungsfrage nicht nur unser Wohlstand zur Disposition. Vielmehr geht es um unsere Lebensgrundlage insgesamt, denn die praktizierte Flucht in den EU-Zentralismus birgt weitreichende Gefahren: „Ein Einheitsstaat Europa würde all das auslöschen oder zu Potemkinscher Fassade

reduzieren, was sich der alte Kontinent seit Reformation und Aufklärung mühsam (und zum Teil blutig) erkämpft und der Welt als Beispiel vorgelebt hat: die Demokratie, die Freiheitsrechte der Bürger, den Rechts- und Sozialstaat ...“ schreibt Wilhelm Hankel, ehemaliger Leiter der Abteilung Geld und Kredit im Bundeswirtschaftsministerium, in „Das Euro-Abenteuer geht zu Ende.“

Es ist ein böser Treppenwitz der Geschichte, dass das Scheitern des Euro nun für eine ökonomische und politische Zentralisierung Europas genutzt wird, die eigentlich durch eine Erfolgsgeschichte des Euro herbeigeführt werden sollte. Die Verfechter europäischer Gleichmacherei und Steuerung von einer bürokratischen Zentrale aus verfolgen ihr Ziel flexibel und stets an den Bürgern vorbei. Das geschieht auf eine Weise, die sittenwidrig ist sowie zahlreiche Rechtsbrüche in Kauf nimmt, darunter den Bruch der Maastrich- und Lissabonverträge.

Niemand sollte die praktizierte Europa-Propaganda als harmlos abtun. Die dahinter stehende Ideologie lässt sich als potenzieller Weg in die Knechtschaft begreifen. Wir befinden uns auf einer schiefen Ebene.

- Bereits 1932 hatte Walter Eucken den „Wirtschaftsstaat“ mit seinen punktuellen Eingriffen kritisiert, die Interessengruppen aktivieren, um den Staat zu okkupieren.

- Alexander Rüstow konstatierte 1956: „Was uns heute, statt der bereits überholten Pseudoideale von Planwirtschaft und Vollsozialisierung, als wirklich gefährliche und bekämpfungswerte Gegenposition gegenübersteht, das ist das Programm des totalen Wohlfahrtsstaates.“

- Wilhelm Röpke warnte 1964: „Was mich am meisten beunruhigt, ist das mythologische Element der EWG-Begeisterung und der offenbaren Unfähigkeit der meisten, das Pro und Kontra auch nur nüchtern zu diskutieren. Das Überwiegen dieses mythologischen Elements ist deshalb so offenbar, weil es in meiner langen nationalökonomischen Erfahrung selten eine Veranstaltung gegeben hat, die so sehr die Merkmale des Absurden auf der Stirn trägt.“

- Der ESM ist Ausdruck eines Europa, das sich die Regierungen zur Beute gemacht haben; es handelt sich um eine Institution, die gleichsam über dem Recht steht und ihr Grundkapital eigenmächtig erhöhen kann.

- In der EU geht die Gewalt nicht vom Volke aus. Vielmehr erinnert die Konstruktion sui generis an ein veraltetes, strukturkonservatives Projekt, das mit ihrer Zentralbürokratie zukunftsuntauglich ist, zumindest für die gedeihliche Entwicklung der ihr anvertrauten und hoffentlich nicht ausgelieferten Menschen

Wer Menschen – auch in guter Absicht – gängelt, zu Rädchen im Bürokratietriebe macht und ihnen die Ergebnisse ihres Handelns vorschreibt, von Glühbirnenverboten bis zur „vorbildlichen“ Kinderaufbewahrung, der pervertiert all das, was das Abendland ausmacht. Die Zukunft Europas liegt (hoffentlich) nicht in Brüssel, sondern in den Herzen und Köpfen der Menschen in ihren Regionen, Gemeinden, Städten und Dörfern. Die Alternative zum Markt ist die Bürokratie, eine

andere gibt es nicht, noch so wohl klingender Etikettierungen zum Trotz. Entweder beruht eine Gesellschaft auf Vereinbarungen, Verträgen und Sitten, die das Resultat einer freien Interaktion der Menschen sind, oder sie wird durch Befehle gesteuert, wozu Regulierung und Anweisungen gehören, die Menschen vorschreiben, was sie tun und lassen sollen.

Die Flucht in den Zentralismus war bisher häufig der Versuch, politischen Misserfolg zu kaschieren, statt beim Scheitern das Thema an die darunter liegende Ebene zurück zu verweisen. Der österreichisch-schweizerische Bankier und Gelehrte Felix Somary brachte es auf den Punkt: „Den Rechtsstaat charakterisiert die Begrenzung, das Mass; den Machtstaat die Unbegrenztheit, das Totale.“

Perspektiven

Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten für die Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise:

1. Starkes reales Wachstum der überschuldeten Staaten ermöglicht ein Erfüllen der Zahlungsverpflichtungen. Diese Annahme ist unrealistisch und für Griechenland ausgeschlossen.

2. Inflation ermöglicht de jure Vertragstreue, dadurch dass die Rechnungen für überbordende Ausgaben einfach mit mehr „gedrucktem“ Geld bezahlt werden. Diese Möglichkeit trifft die Bevölkerung, aber kaum die Eliten und erscheint realistisch.

3. Staatsinsolvenz ermöglicht durch einen Schuldenschnitt einen Ausweg aus der selbst gestellten Schuldenfalle, ist allerdings politisch nicht gewollt, weil es sich um einen Offenbarungseid schlechter Politik handelt. Diese Entwicklung ist kaum zu vermeiden und sinnvoll.

Die Staatsinsolvenz ist ein geeigneter Ausweg. Das zeigt auch das Beispiel Lateinamerikas in den 80er Jahren. Damals hatte man in bemerkenswerter Parallelität zunächst durch den IWF Kredite gegen Auflagen gewährt und die privaten Gläubiger ungeschoren davon kommen lassen. Das Ergebnis war ein Scheitern der Auflagen und Strukturreformen. Anschliessend versuchte man unter Beteiligung privater Kreditvergabe noch mehr Geld in die Volkswirtschaft zu pumpen um Wachstum zu erzeugen. Ergebnis: Fehlschlag und Insolvenz Brasiliens. Schliesslich blieb nichts als Realismus – die faktische Insolvenz wurde akzeptiert; anschliessend erleichterte man privaten Gläubigern Forderungsverzichte. Entschuldung war das Ziel und der Ausweg aus der Schuldenkrise.

Dieser Weg löst aber noch nicht die Probleme des Euro-Systems, das aufgrund nicht behebbarer Konstruktionsfehler zum Scheitern verurteilt ist. Hierzu zählen vor allem Anreize zur Überschuldung, die durch eine Ausgabe von Staatsanleihen finanziert wird, die gehemmte Wettbewerbsfähigkeit und zyklische Wirtschaftskrisen – wie 60 führende deutsche Wirtschaftswissenschaftler bereits 1992 in einem Memorandum zur Währungsunion kritisierten.

Alternativen zum herrschenden Euro-System bestehen zunächst in systemkonformen Varianten:

1. Die Teilung in einen harten Nord- und einen weichen Süd-Euro. Varianten dazu sind der teilweise Rückbau des Euro-Systems entweder durch Ausstieg kleinerer Euro-Länder, die die Kosten und Souveränitätsverluste nicht mehr tragen wollen, oder durch Ausscheiden überschuldeter und mangels Abwertungsmöglichkeit auch perspektivisch nicht wettbewerbsfähiger Staaten oder durch den Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone und die Rückkehr zur D-Mark.

2. Die Rückkehr zu nationalen Währungen unter Beibehaltung des Euro, wodurch Abwertungen nur für nationale Währungen möglich werden und die Akzeptanz des Euro von der Öffentlichkeit abhängt.

3. Ein neues verbessertes Europäisches Wechselskurssystem (mit nominal statt real fixierten Wechselkursen). Der Euro würde bestehen bleiben und innerhalb einer Wechselkursunion wieder nationale Inflations- und Schuldenspielräume eröffnen.

Für alle Vorschläge gilt, dass sie politisch machbar, aber derzeit nicht gewollt sind. Ökonomisch werden stets nur Symptome bekämpft. Lord Ralf Dahrendorf, ein ausgewiesener Freund der europäischen Einigung, stellte in einem Interview, das er im Dezember 1995 dem Spiegel gab, vorausschauend fest: „Die Währungsunion ist ein grosser Irrtum, ein abenteuerliches, waghalsiges und verfehltes Ziel, das Europa nicht eint, sondern spaltet.“

Eine grundlegende Alternative bietet der Systemwechsel zu einem freien Geldwesen, das heisst die Entnationalisierung der Währungen durch Gewährung von Geldfreiheit. Hintergrund ist die Erkenntnis, dass eine Behörde unmöglich Angebot und Nachfrage nach Geld in Einklang bringen kann. Dazu mangelt es ihr, im Gegensatz zur dezentralen Koordination von Millionen Menschen auf Märkten, an Wissen. Die zwangsläufige Folge sind Inflation, Teuerung, Kaufkraftverlust, zyklische Wirtschaftskrisen und eine Politisierung der Wirtschaft über das Geld.

Bei Geldfreiheit gibt es im Wesentlichen zwei Wege, wie Geld herausgegeben werden kann.

1. In einem Volldeckungssystem hängt die verfügbare Geldmenge von der Menge des vorhandenen Gutes ab, das als Geld dient, z.B. Gold (und Silber), sowie von der geförderten Menge dieses Gutes. Banken wären anders als heute keine Geldproduzenten mehr, sondern Lagerstätten für Geld (Gold und Silber), die Banknoten nur als Äquivalent des eingelagerten Gutes ausgeben. Ausserdem wären sie Anbieter von Zahlungsverkehrsdiensten. Im Kreditgeschäft, das vom Einlagengeschäft getrennt ist, leiten sie vorhandene Geldbestände weiter, ohne die volkswirtschaftliche Geldmenge zu verändern.

2. In einem Teilreservesystem, ohne Zentralbank, können die Geschäftsbanken nach eigenem Ermessen die Deckung ihrer Währung reduzieren. Die Kunden haben zwar einen Anspruch auf jederzeitige Einlösung des Geldes in ein

Gut, jedoch nur ein Teil des zirkulierenden Geldes liegt in Form von Gütern in den Tresoren der Banken. Im Unterschied zum heutigen Zentralbankgeld handelt es um treuhänderisches Geld, das mit dem (vertraglichen) Versprechen verknüpft ist, einen spezifischen Betrag in Form von Gold oder Silber zu bezahlen. Banknoten sind in einem Teilreservesystem einlösbar und werden auch so angesehen.

In einem freien Geldwesen entfällt die Politisierung der Wirtschaft durch das gesetzliche Zahlungsmittel. Es gibt keine Geldpolitik, keine Zinspolitik und auch keine staatlichen Vorgaben für Mindestreserven, ausserdem keinen Lender of last Resort („Kreditgeber der letzten Instanz“) und keine Bailouts („aus der Klemme helfen“) mit Steuergeldern für am Markt gescheiterte Unternehmen. Historische Erfahrungen zeigen, dass ein freies Geldwesen nicht perfekt, aber späteren Staatsgeldsystemen überlegen ist. Inflation und Hyperinflation, monetär bedingte Wirtschaftskrisen und Verschuldungskrisen sind die Konsequenz gesetzlicher Monopolwährungen. In einem freien Geldwesen sind derartige Krisen nicht möglich.

Was ist realistisch? Leider gilt mit Henry Hazlitt: „Aber der Staat handelt fast immer nach anderen Massstäben. Der einzige Grund, warum er sich in das Kreditgeschäft einschaltet, liegt darin, den Personen Darlehen zu verschaffen, die von privaten Geldgebern keinen Kredit bekommen würden. Das heisst nichts anderes, als dass die staatlichen Geldgeber mit dem Geld anderer Leute (dem der Steuerzahler nämlich) Risiken eingehen die den privaten Geldgebern für eigenes Kapital zu hoch sind.“ Wir werden daher wohl vorerst weiter mit grossen und kleinen starken Männern sowie vermeintlich eisernen Frauen leben müssen. Was sie eint, ist heute ihre Verheissung, Europa zu retten, und in naher Zukunft das Versprechen, die Ordnung wieder herzustellen. Dafür werden sie einige „Folterwerkzeuge“ auspacken, darunter (Teil)Enteignungen mittels Abgaben, sowie Zwangshypotheken und -anleihen, gefährlich wird es bei Devisenbeschränkungen und (restriktiven) Kapitalverkehrskontrollen. Der Bruch von Zahlungsverprechen und vor allem eine (versuchte) kontrollierte Geldentwertung sind wahrscheinlich, eine Spaltung Europas ebenso wie sozialer Unfriede. Der weiter voranschreitende Zentralismus wird die Zentrifugalkräfte in Europa stärken. Es ist unwahrscheinlich, dass das Euro-System in seiner derzeitigen Form erhalten bleibt. Um den Riesen zu stützen führt kein Weg an einer Freigeldbewegung, ähnlich der Freihandelsbewegung des 19. Jahrhunderts, vorbei. Eine Voraussetzung dafür ist vernehmbare Skepsis, eine andere Widerspruch.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2012, Liberales Institut.